

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

89. Sitzung

am Dienstag, dem 17. Dezember 2002, 9:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)	stellv. Vorsitzender
Holger Astrup (SPD)	
Wolfgang Fuß (SPD)	
Renate Gröpel (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	in Vertretung von Ursula Kähler
Günter Neugebauer (SPD)	
Klaus Klinckhamer (CDU)	
Berndt Steincke (CDU)	
Rainer Wiegard (CDU)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	in Vertretung von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 2003	4
Umdruck 15/2840	
2. Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Haushaltsentwurf 2003	5
Umdruck 15/2842	
3. Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW zum Haushaltsentwurf 2003	6
Umdruck 15/2857	
4. Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsentwurf 2003	7
Umdrucke 15/2858 und 15/2859	
5. Schreiben der Europa-Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. vom 3. Dezember 2002	8
Umdruck 15/2825	
6. Haushaltssituation bezüglich der Auslagen in Rechtssachen	9
Umdrucke 15/2841 und 15/2860	
7. Information/Kenntnisnahme	10
8. Verschiedenes	10

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 2003

Umdruck 15/2840

Die CDU-Anträge werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Haushaltsentwurf 2003

Umdruck 15/2842

Der Antrag der FDP wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Abg. Heinold begründet ihre Ablehnung des FDP-Antrages, für den sie große Sympathie habe, damit, dass es gelungen sei, sowohl in den letzten Jahren als auch für die nächsten Jahre für Investitionen von deutschen Privatschulen nicht unerhebliche Zuschüsse in den Haushalt einzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW zum Haushaltsentwurf 2003

Umdruck 15/2857

Der SSW-Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsentwurf 2003

Umdrucke 15/2858 und 15/2859

Die Anträge werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und FDP angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schreiben der Europa-Union Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. vom 3. Dezember 2002

Umdruck 15/2825

Der Ausschuss nimmt das Schreiben der Europa-Union ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Haushaltssituation bezüglich der Auslagen in Rechtssachen

Umdrucke 15/2841 und 15/2860

(auf Antrag von Abg. Kubicki [FDP])

St Jöhnk erwidert auf ein Schreiben des Geschäftsleiters des Amtsgerichts Neumünster vom 3. Dezember 2002 (Umdruck 15/2841), es handele sich um einen empörenden Vorgang und eine unerhörte Falschmeldung, die durch den Direktor des Amtsgerichts mit Schreiben vom 16. Dezember 2002 (Umdruck 15/2860) richtig gestellt worden sei und zu disziplinarrechtlichen Konsequenzen führen werde. Der Staatssekretär stellt klar, dass die Auszahlung der Auslagen in Rechtssachen insbesondere gegenüber den Anwälten im Rahmen der Prozesskostenhilfe jederzeit gewährleistet sei und es nicht eine Sekunde gegeben habe, in der man nicht in der Lage gewesen wäre, eine Auszahlung vorzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 15/2830 - Entwicklung der Steuereinnahmen

Abg. Wiegard hält an seiner Bewertung fest, dass die Einnahmen des Landes seit 1988 permanent gestiegen seien und der Einnahmerückgang in den Jahren 2001 und 2002 in erster Linie auf Ausfälle bei der Körperschaftsteuer zurückzuführen sei.

Abg. Heinold und M Möller machen hingegen darauf aufmerksam, dass die Steuereinnahmen des Landes 2002 unter denen des Jahres 1997 und die Summe der Einnahmen des Landes im Jahre 2002 unter denen des Jahres 1998 lägen.

Umdruck 15/2831 - Ermächtigung zur Kreditaufnahme

Der Ausschuss bittet das Innenministerium, bis zur nächsten Sitzung, 9. Januar 2003, zu erklären, auf welcher Rechtsgrundlage die bisherigen Kredite der Investitionsbank zulasten der Zweckrücklage für den Wohnungsbau aufgenommen worden sind.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 10:00 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Stellv. Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer